



Foto: © iStockphoto.de

# dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

# 2022



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

**dbb Bürgerbefragung  
„Öffentlicher Dienst“ 2022**

**Der öffentliche Dienst aus Sicht  
der Bevölkerung**

18. August 2022  
f22.0237/41760 Gü, Sh

forsa Gesellschaft für Sozialforschung  
und statistische Analysen mbH  
Büro Berlin  
Gutenbergstraße 2  
10587 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

## Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage	2
1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates	3
2. Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes	8
3. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand	10
4. Das Beamtenprofil	11
5. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	12
6. Die wichtigsten Aufgaben des Staates	14
7. Modernisierungen im öffentlichen Dienst und deren Finanzierung	18
Zusammenfassung	22

## Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2022 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Zusätzlich wurden in diesem Jahr die Meinungen der Bundesbürgerinnen und -bürgern zu notwendigen Modernisierungen im Öffentlichen Dienst sowie deren Finanzierung erhoben.

Die Erhebung fand im Juli 2022 statt. Befragt wurden 2.013 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits 2020 und 2021 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit rund 100.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen 16. „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ auch – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

## 1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Im Sommer 2020 war – nach den ersten Monaten der Corona-Pandemie – mehr als die Hälfte der Bundesbürger (56 %) der Ansicht, dass der Staat in der Lage sei, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Dieses hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ging bereits im Jahr 2021 wieder deutlich zurück (45 %).

In diesem Jahr ist ein weiterer starker Vertrauensrückgang zu verzeichnen: Nur noch 29 Prozent der Bundesbürger sind aktuell der Meinung, der Staat sei in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Angesichts der diversen aktuellen Krisen haben damit derzeit weniger Bürger Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates als noch vor Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2019 (34 %).

Dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert sei, meinen aktuell 66 Prozent der Bundesbürger und eine Mehrheit in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen. Noch häufiger als der Durchschnitt aller Befragten vertreten die Anhänger der Linkspartei, der FDP und insbesondere der AfD diese Ansicht.

▪ Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

		Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme	
		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert *)
		%	%
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51
	2022	29	66
Ost		29	65
West		30	67
18- bis 29-Jährige		35	62
30- bis 44-Jährige		29	67
45- bis 59-Jährige		26	68
60 Jahre und älter		30	67
Arbeiter		21	74
Angestellte		29	67
Selbständige		32	62
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt		33	64
- Beamte		38	60
- Tarifbeschäftigte		31	66
Hauptschule		23	73
mittlerer Abschluss		26	69
Abitur, Studium		35	60
Anhänger der:	SPD	45	53
	Grünen	46	52
	FDP	16	80
	CDU/CSU	22	73
	Linke **)	20	78
	AfD	9	90

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten eine Vielzahl von Bereichen und Problemen.

17 Prozent derjenigen, die glauben, der Staat sei überfordert, sind der Ansicht, dass der Staat derzeit vor allem damit überfordert sei, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu sorgen. Im letzten Jahr hatten nur 4 Prozent eine Überforderung des Staates bei der Energieversorgung gesehen.

15 Prozent sehen den Staat beim Klima- und Umweltschutz, 13 Prozent im Bereich der Schul- und Bildungspolitik und 12 Prozent bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente als überfordert an.

Jeweils 11 Prozent konstatieren eine Überforderung des Staates hinsichtlich der Gesundheitsversorgung sowie der sozialen Gerechtigkeit, 10 Prozent bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik.

▪ Überforderung des Staates \*)

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:	2019 %	2020 %	2021 %	2022 **) %
Energieversorgung	2	1	4	17
Steuer- und Finanzpolitik	7	10	8	9
Preisentwicklung, Inflation	-	-	-	6
Wirtschaftspolitik	1	7	5	5
Klima- und Umweltschutz	13	10	20	15
Schul- und Bildungspolitik	24	22	19	13
Kinderbetreuung	7	3	3	2
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12	11	12
soziale Gerechtigkeit	11	9	11	11
Lage am Arbeitsmarkt	4	4	2	3
Lohnentwicklung	0	4	1	2
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7	3	3	2
Gesundheitsversorgung	12	11	10	11
Corona-Krise	-	16	20	9
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20	15	10
innere Sicherheit	17	14	10	7
Justiz und Rechtsprechung	7	9	8	4
Demokratie- und Wertevermittlung	1	4	6	1
Krieg in der Ukraine, Umgang mit Russland	-	-	-	9
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3	3	5
Außenpolitik	1	1	2	2
Digitalisierung	4	4	8	6
Infrastruktur	7	5	6	4
Verkehrspolitik	5	4	6	3
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6	6	4	5
Bürokratieabbau	7	2	4	4
Verwaltung, kommunale Behörden	4	2	4	3
Lobbyismus	2	3	4	2
Überforderung generell	6	4	6	10
sonstiges	6	5	3	4
weiß nicht	20	14	16	18

\*) Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen

\*\*) offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich



Wie in den vergangenen Jahren glauben nur wenige Befragte (13 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den letzten Jahren größer geworden sei. Deutlich größer geworden ist aber mit 46 Prozent der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die glauben, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei geringer geworden als in den letzten Jahren. 33 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren abgenommen hat, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

		größer %	gleich groß %	geringer *) %
insgesamt	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
	2021	15	41	38
	2022	13	33	46
Öffentlich Beschäftigte:				
	- insgesamt	27	28	36
	- Beamte	34	28	35
	- Tarifbeschäftigte	24	29	37
Anhänger der:				
	SPD	13	39	44
	Grünen	15	37	40
	FDP	15	34	42
	CDU/CSU	14	33	49
	Linke **)	7	37	40
	AfD	6	21	64

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

## 2. Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Bei der Einschätzung der Angemessenheit der Kosten des öffentlichen Dienstes sind im Vergleich zu den Vorjahren keine wesentlichen Änderungen zu registrieren: 45 Prozent der Bundesbürger meinen, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet. 49 Prozent sind nicht dieser Ansicht.

Dass der öffentliche Dienst zu viel Geld kostet, meinen überdurchschnittlich häufig die Anhänger der AfD.

Die Öffentlich Beschäftigten selbst sehen dies mit großer Mehrheit nicht so.

▪ Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja	nein *)
		%	%
insgesamt:	2016	31	64
	2017	33	64
	2018	32	66
	2019	48	46
	2022	45	49
Ost		55	41
West		44	50
18- bis 29-Jährige		36	57
30- bis 44-Jährige		44	49
45- bis 59-Jährige		49	44
60 Jahre und älter		48	48
Arbeiter		55	39
Angestellte		45	49
Selbständige		56	40
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt		26	71
- Beamte		15	84
- Tarifbeschäftigte		31	65
Hauptschule		53	39
mittlerer Abschluss		48	47
Abitur, Studium		40	54
Anhänger der:	SPD	41	55
	Grünen	34	61
	FDP	50	40
	CDU/CSU	55	41
	Linke **)	45	49
	AfD	69	29

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

### 3. Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Am besten schneidet wie bereits in den letzten Jahren die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,9 ab. Es folgen die Bibliotheken (2,0) und Museen (2,1).

Landes- und Bundesministerien (3,5 bzw. 3,7), Sozialämter (3,4) sowie Arbeitsämter (3,6) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden fällt trotz der deutlich schlechter gewordenen Einschätzung der generellen Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes insgesamt nur geringfügig schlechter aus als im letzten Jahr.

#### ▪ Bewertung einzelner Behörden

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)			Veränderung 2021-2022
	2020	2021	2022	
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,7	1,8	1,9	- 0,1
Bibliotheken	1,9	1,9	2,0	- 0,1
Museen	2,0	1,9	2,1	- 0,2
Kindergärten	2,2	2,2	2,4	- 0,2
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,4	2,5	- 0,1
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,4	2,5	- 0,1
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	2,5	- 0,1
Krankenhäuser	2,4	2,5	2,7	- 0,2
Sozialversicherung	2,7	2,8	2,9	- 0,1
Gerichte	2,8	2,8	3,0	- 0,2
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,9	3,1	- 0,2
Finanzämter	2,8	2,9	3,1	- 0,2
Schulen	2,9	3,0	3,1	- 0,1
Sozialämter	3,2	3,2	3,4	- 0,2
Landesministerien	3,1	3,4	3,5	- 0,1
Arbeitsämter	3,3	3,4	3,6	- 0,2
Bundesministerien	3,2	3,6	3,7	- 0,1

#### 4. Das Beamtenprofil

Auch im Sommer 2022 wurden die Bundesbürger anhand einer Liste um eine Einschätzung gebeten, welche Eigenschaften sie Beamten zuschreiben würden und welche eher nicht.

Beamte werden nach wie vor insbesondere als pflicht- und verantwortungsbewusst (jeweils 64 %), zuverlässig (55 %), rechtschaffen (53 %), kompetent (50 %) und hilfsbereit (48 %) angesehen. 38 Prozent nehmen die Beamten als unbestechlich, 15 Prozent als flexibel wahr.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten nach wie vor am ehesten das Attribut „stur“ zugeschrieben (49 %). Nur jeweils eine Minderheit sieht Beamte als mürrisch (33 %), arrogant (32 %), überflüssig (20 %), ängstlich (19 %), ungerecht (18 %) oder schlecht (8 %) an.

Die im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich kritischere Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes führt dazu, dass auch das Beamtenprofil etwas weniger positiv als im letzten Jahr ist.

##### ▪ Das Beamtenprofil 2022

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung zu 2021
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
pflichtbewusst	75	76	78	75	77	71	70	68	64	- 4
verantwortungsbewusst	70	71	72	74	76	66	64	64	64	0
zuverlässig	66	67	70	75	72	64	61	58	55	- 3
rechtschaffen	67	67	70	72	70	61	57	57	53	- 4
kompetent	59	60	64	71	66	59	56	55	50	- 5
hilfsbereit	57	59	66	68	68	58	58	55	48	- 7
unbestechlich	37	38	45	54	51	44	41	40	38	- 2
flexibel	28	28	34	31	25	24	20	19	15	- 4
stur	54	51	48	40	44	45	42	47	49	+ 2
mürrisch	-	-	-	31	32	31	29	30	33	+ 3
arrogant	41	40	33	30	32	31	25	28	32	+ 4
überflüssig	24	22	20	16	16	18	16	20	20	0
ängstlich	20	20	20	19	18	18	21	21	19	- 2
ungerecht	26	21	20	18	16	17	16	16	18	+ 2
schlecht	-	-	-	8	7	7	5	9	8	- 1

## 5. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

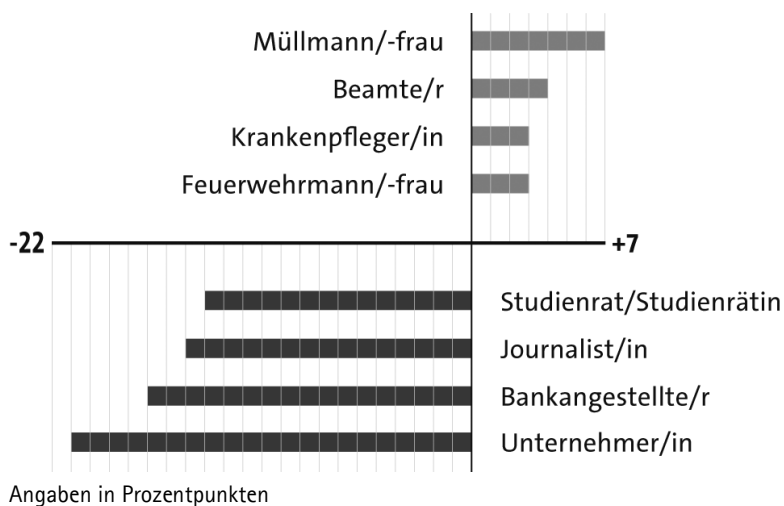
Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2007 wird zudem jedes Jahr erhoben, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Nach wie vor wird das „Beruferanking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, die bei 93 Prozent der Befragten ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen Krankenpfleger/innen (88 %), Ärztinnen und Ärzte (86 %) sowie Altenpfleger/innen (85 %).

Von Beamtinnen und Beamten haben derzeit 31 Prozent der Befragten ein (sehr) hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits in den letzten Jahren die Mitarbeiter/innen von Telefongesellschaften (12 %) bzw. Werbeagenturen (8 %) sowie die Versicherungsvertreter/innen (7 %).

- Ansehen einzelner Berufsgruppen – Veränderungen von 2007 zu 2022



▪ Ansehen einzelner Berufsgruppen \*)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung zu:	
	%	%	%	%	%	%	%	2021	2007
Feuerwehrmann/-frau	90	96	94	94	93	94	93	- 1	+ 3
Krankenpfleger/in **)	85	88	89	87	87	89	88	- 1	+ 3
Arzt/Ärztin	86	89	89	88	87	88	86	- 2	0
Altenpfleger/in **)	-	-	-	86	86	87	85	- 2	-
Polizist/in	78	87	87	84	82	85	78	- 7	0
Erzieher/in im Kindergarten/Kita	-	85	83	80	78	81	75	- 6	-
Müllmann/ -frau	63	73	75	72	70	70	70	0	+ 7
Pilot/in	-	75	78	71	62	66	64	- 2	-
Richter/in	77	79	79	78	67	69	64	- 5	-13
Techniker/in	-	69	66	60	64	67	64	- 3	-
Lehrer/in	63	75	73	68	67	69	63	- 6	0
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/in	-	64	67	59	62	65	63	- 2	-
Förster/in	-	61	62	58	61	62	61	- 1	-
Hochschulprofessor/in	-	76	74	69	70	67	60	- 7	-
Soldat/in	-	61	56	53	46	53	57	+ 4	-
Lokführer/in	-	67	67	60	62	60	56	- 4	-
Briefträger/in	52	61	63	52	54	52	52	0	0
Justizvollzugsbeamte/r	-	63	63	58	55	55	52	- 3	-
Unternehmer/in	61	55	54	41	42	40	39	- 1	-22
Studienrat/Studienrätin	53	53	54	47	45	45	39	-6	-14
Steuerberater/in	47	42	40	36	36	36	34	- 2	-13
Journalist/in	47	51	50	40	42	41	32	- 9	-15
EDV-Sachbearbeiter/in	43	40	39	33	30	34	32	- 2	-11
Beamte/r	27	38	39	34	37	34	31	- 3	+ 4
Steuerbeamter/in	28	33	31	28	25	25	22	- 3	- 6
Bankangestellte/r	38	33	31	24	23	24	21	- 3	-17
Gewerkschaftsfunktionär/in	23	29	29	25	25	27	21	- 6	- 2
Politiker/in	20	25	21	16	24	22	17	- 5	- 3
Mitarbeiter/in einer Telefongesellschaft	19	18	17	13	13	13	12	- 1	- 7
Mitarbeiter/in einer Werbeagentur	18	12	13	10	11	10	8	- 2	-10
Versicherungsvertreter/in	11	11	10	8	8	8	7	- 1	- 4

\*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

\*\*) bis 2018 Kranken- und Altenpfleger/in zusammengefasst

## 6. Die wichtigsten Aufgaben des Staates

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Eine große Mehrheit der Befragten hält alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität hat für die Befragten die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft – diese Aufgabe des Staates halten 62 Prozent für „sehr wichtig“.

Die Investitionen in den Klimaschutz halten 53 Prozent, die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur 45 Prozent, den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes 44 Prozent und die Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung ebenfalls 44 Prozent für sehr wichtig.

Etwas weniger Befragte halten die Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen (34 %), eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr (33 %), die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie durch Hilfen für Unternehmen und Selbstständige sowie durch die Beschaffung von genügend Impfstoffen (28 %) sowie die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land (27 %) für sehr wichtige Aufgaben des Staates.

Die in der öffentlichen Diskussion heftig und kontrovers diskutierte Frage der Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch die Lieferung auch schwerer Waffen hat für die Bürgerinnen und Bürger die geringste Priorität (22 %).



▪ Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates I

	Die jeweilige Aufgaben des Staates halten für			
	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	eher *) unwichtig
	%	%	%	%
- Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	62	32	4	1
- Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	31	11	5
- Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	44	9	1
- Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	42	11	2
- Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	44	43	11	2
- Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	34	47	12	5
- Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	43	17	5
- Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wie Hilfen für Unternehmen und Selbstständige sowie Beschaffung von genügend Impfstoffen	28	52	14	4
- Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	44	23	3
- Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	22	38	18	16

\*) an 100 Prozent fehlenden Angaben = „weiß nicht“

Westdeutsche finden es häufiger als Ostdeutsche sehr wichtig, in den Klimaschutz und erneuerbare Energien zu investieren, die Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen sowie durch Lieferung auch schwerer Waffen zu unterstützen und die Ausrüstung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu verbessern.

Ostdeutsche sehen die Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land häufiger als Westdeutsche als sehr wichtige Aufgaben des Staates.

▪ Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates II

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt %	Ost %	West %	Öffentlich Beschäftigte:		
				insgesamt %	Beamte %	Tarifbeschäftigte %
- Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	62	64	61	59	52	62
- Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	40	55	58	60	57
- Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	53	44	48	46	50
- Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	43	45	51	49	52
- Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	44	55	41	37	31	40
- Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	34	23	36	38	40	37
- Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	23	35	35	41	31
- Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wie Hilfen für Unternehmen und Selbstständige sowie Beschaffung von genügend Impfstoffen	28	30	28	27	22	29
- Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	40	24	25	24	26
- Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	22	14	24	23	26	21

Die Anhänger der Grünen halten häufiger als der Durchschnitt aller Bürger Investitionen für den Klimaschutz und die Unterstützung der Ukraine durch Hilfeleistungen sowie durch Waffenlieferungen für sehr wichtig.

Die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr halten die Anhänger der Union überdurchschnittlich häufig für eine sehr wichtige Aufgabe des Staates.

▪ Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates III

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt %	Anhänger der:					
		SPD %	Grünen %	FDP %	CDU/CSU %	Linke *) %	AfD %
- Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	62	70	67	43	45	89	59
- Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	57	87	38	31	64	9
- Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	44	51	41	42	53	48
- Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	48	51	50	43	41	30
- Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	44	38	28	46	43	60	71
- Unterstützung der Ukraine durch zivile und humanitäre Hilfeleistungen	34	32	51	28	31	28	8
- Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	33	28	38	48	11	30
- Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wie Hilfen für Unternehmen und Selbstständige sowie Beschaffung von genügend Impfstoffen	28	34	27	27	29	30	20
- Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	28	21	16	23	51	33
- Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland durch Lieferung auch schwerer Waffen	22	20	32	22	29	11	6

\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

## 7. Modernisierungen im öffentlichen Dienst und deren Finanzierung

Eine Mehrheit (58 %) der Bundesbürger befürchtet, dass die hohen Ausgaben zur Bewältigung der aktuellen Krisen dazu führen, dass anstehende Modernisierungen im öffentlichen Dienst nicht mehr finanziert werden können.

Ein Drittel der Befragten (33 %) teilt diese Befürchtung nicht.

Dass sie befürchten, dass anstehende Modernisierungen im öffentlichen Dienst nicht mehr finanziert werden können, geben ältere Bürger ab 60 Jahren, Beamte sowie die Anhänger der FDP, der Union und der AfD etwas häufiger an als die anderen Befragten.

### ▪ Finanzierung von Modernisierungen im öffentlichen Dienst

		Es teilen die Befürchtung, dass anstehende Modernisierungen im öffentlichen Dienst nicht mehr finanziert werden können	
		ja %	nein *) %
insgesamt		58	33
Ost		58	32
West		57	34
18- bis 29-Jährige		52	36
30- bis 44-Jährige		53	36
45- bis 59-Jährige		57	33
60 Jahre und älter		64	31
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt		58	35
- Beamte		65	28
- Tarifbeschäftigte		55	38
Anhänger der:			
	SPD	58	37
	Grünen	53	39
	FDP	63	26
	CDU/CSU	63	32
	Linke **)	59	34
	AfD	64	27

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

\*\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

Um die Verschuldung des Staates zu begrenzen, wurde die sogenannte Schuldenbremse eingeführt, die aber zur Bewältigung der Corona-Krise aufgehoben wurde.

In der Frage, ob die Schuldenbremse angesichts des Kriegs in der Ukraine und dessen negativen Folgen für die Haushalte und die Wirtschaft weiterhin ausgesetzt werden oder wieder gelten soll, sind die Bundesbürger gespalten: 47 Prozent sind der Ansicht, die Schuldenbremse sollte erneut ausgesetzt werden. Dass sie wieder gelten sollte, meinen 42 Prozent.

Während sich die Anhänger der Grünen und der SPD mehrheitlich für ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse aussprechen, meint eine Mehrheit der Anhänger der FDP, der Union und der AfD, die Schuldenbremse sollte wieder gelten.

▪ Meinungen zur Schuldenbremse

		Es meinen, dass die Schuldenbremse weiterhin ausgesetzt werden sollte		
		ja	nein, sollte wieder gelten	weiß nicht
		%	%	%
insgesamt		47	42	11
Ost		43	43	14
West		48	42	10
18- bis 29-Jährige		53	35	12
30- bis 44-Jährige		49	37	14
45- bis 59-Jährige		43	45	12
60 Jahre und älter		47	46	7
Öffentlich Beschäftigte:				
- insgesamt		47	42	11
- Beamte		47	45	8
- Tarifbeschäftigte		47	40	13
Anhänger der:				
	SPD	55	40	5
	Grünen	62	30	8
	FDP	44	52	4
	CDU/CSU	39	53	8
	Linke *)	46	39	15
	AfD	26	62	12

\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

Den Befragten wurden verschiedene mögliche Maßnahmen genannt, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. Sie wurden gebeten, anzugeben, welche davon sie für besonders erforderlich halten.

Über zwei Drittel der Befragten finden eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes (71 %) sowie eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger (68 %) besonders erforderlich. Fast zwei Drittel sagen dies über die Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger (64 %).

Etwas seltener meinen die Befragten, dass es für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes besonders notwendig ist, dass die Öffnungszeiten der Behörden ausgeweitet werden (43 %), dass Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung erhalten (42 %) und dass eine Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter erfolgt (41 %).

Die öffentlich Beschäftigten selbst halten überdurchschnittlich häufig eine gute und leistungsgerechte Bezahlung für entscheidend.

▪ Welche Maßnahmen für den Öffentlichen Dienst sind besonders erforderlich? I

Folgende Maßnahmen sind besonders erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern:	insgesamt *)			Öffentlich Beschäftigte:		
	insgesamt	Ost	West	insgesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
	%	%	%	%	%	%
- Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	71	70	72	74	75	73
- Eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger	68	69	67	58	51	61
- Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger	64	69	63	56	54	56
- Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden	43	42	43	36	31	38
- Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes	42	41	42	67	73	64
- Die Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter	41	43	41	46	44	46

\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennung möglich

Anhänger der Grünen halten noch häufiger als der Durchschnitt aller Bürger eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes für besonders erforderlich.

▪ Welche Maßnahmen für den Öffentlichen Dienst sind besonders erforderlich? II

Folgende Maßnahmen sind besonders erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern:	insge-	Anhänger der:					
	samt	SPD	Grünen	FDP	CDU/CSU	Linke **)	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
- Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	71	68	86	74	70	69	56
- Eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger	68	70	66	67	66	64	68
- Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger	64	69	63	64	57	66	67
- Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden	43	40	38	51	44	50	42
- Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes	42	48	45	44	37	54	30
- Die Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter	41	36	49	47	37	57	30

\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennung möglich

\*\*\*) Tendenzangaben aufgrund geringer Fallzahl

## Zusammenfassung

Die Ergebnisse der diesjährigen Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst sind in starkem Maße vom Unmut vieler Bürgerinnen und Bürger über das Agieren der jetzigen Koalition in den vielfältigen Krisen beeinflusst. So halten zwei Drittel aller Befragten und auch der öffentlich Bediensteten den Staat gegenwärtig für überfordert. Überforderungen sehen die Befragten vor allem bei der Sicherstellung der Energieversorgung, der Bekämpfung der Inflation, der Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme oder der Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in Zeiten der Corona-Pandemie.

Angesichts des Gefühls der Überforderung des Staates steigt auch der Anteil der Befragten, die meinen, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei nicht mehr so groß wie in den letzten Jahren. Knapp die Hälfte der Befragten teilt diese Einschätzung.

Die deutlich kritischer gewordene Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Staates und des öffentlichen Dienstes hat auch Auswirkungen auf das Beamtenprofil und das Ansehen der verschiedenen Berufe. So werden den Beamten die positiven Eigenschaften in etwas geringerem Maße als in den vergangenen Jahren zugeschrieben. Und das Ansehen vieler Berufe ist etwas verhaltener als noch im Vorjahr (Ausnahme: Das Ansehen der Soldaten ist angesichts der größer gewordenen Bedeutung der Bundeswehr gestiegen).

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates in Krisenzeiten wie diesen gehören nach Meinung der Befragten die Sicherung des sozialen Friedens in der Gesellschaft, der Klimaschutz, eine Verbesserung der Infrastruktur, die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes und die Sorge für eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie.

Große Zweifel bestehen aber bei recht vielen Bürgerinnen und Bürgern, ob die für erforderlich gehaltene Modernisierung des öffentlichen Dienstes auch finanzierbar ist. Deshalb ist auch rund die Hälfte der Befragten der Meinung, dass die Schuldenbremse weiterhin ausgesetzt bleiben sollte.

Um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrechterhalten bzw. verbessern zu können, sollte nach Meinung der Befragten vor allem – auch nach den Erfahrungen in der Corona-Pandemie – die Digitalisierung vorangetrieben werden. Außerdem wäre – so die Befragten – eine Verbesserung der Terminvergabe bei den Verwaltungen und der Beratungs- und Serviceleistungen wünschenswert.